

Die Genfer Eingemeindung

Autor(en): **Nicole, Léon**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **6 (1926-1927)**

Heft 5

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-329434>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Genfer Eingemeindung.

Von Léon Nicole, Genf.

Das städtische Gemeinwesen Genf setzt sich zusammen aus 4 großen Gemeinden mit — in einer runden Zahl ausgedrückt — zusammen 120,000 Einwohnern, aus der eigentlichen Stadt Genf mit 55,000, Plainpalais mit 30,000, Les Caux-Vives mit 20,000 und Petit-Saconnex mit 15,000 Einwohnern.

Um diese rein städtische Ansiedlung gruppieren sich eine bestimmte Zahl Vororte, deren Bewohner faktisch Städter mit denselben Interessen wie die eigentlichen Stadtgenfer sind. Da ist vor allem Carouge, die alte, kleine Stadt an der Urve, dann Lancy, Chêne-Bourg und Chêne-Bougeries, endlich ein Teil der Gemeinde Vernier, unter dem Namen La Châtelaine bekannt.

Außer diesen 4 ausschließlich städtischen Gemeinden sowie den 5 Vororten umfaßt der Kanton Genf noch 39 ländliche Gemeinden, mit Ausnahme von Versoir, dem kleinen Industrieort, 10 Kilometer von Genf an der Linie Genf-Lausanne gelegen.

Das Vorausgeschickte soll beweisen, daß das Problem der politischen Verwaltung, wie es in Genf besteht, nicht dasselbe ist — trotzdem unserer Meinung nach zu Unrecht es oft behauptet wurde — wie in Baselstadt, wo es so gelöst worden ist, daß durch die tatsächlich vollzogene Konzentration die ganze städtische Verwaltung in die Hände der Regierung gelangte.

* * *

Der Kanton Genf besteht gegenwärtig aus 48 selbständigen Gemeinwesen. Was versteht man unter administrativer Reform und Konzentration großstädtischer Gemeinwesen?

Der Gedanke der administrativen Reform ist die Folge der finanziell unhaltbaren Lage, in welcher sich augenblicklich der Kanton Genf befindet. Dieselbe wird Gegenstand eines besondern Artikels sein, weshalb wir hier nur kurz daran erinnern.

Politiker verschiedener Parteien haben sich dahin geäußert, daß etwas nicht in Ordnung in der öffentlichen Verwaltung Genfs sein müsse. Sie ist sehr kostspielig infolge der Ueberorganisation und des allzu großen und verwickelten Beamtenkörpers in Gemeinden und Staat.

* * *

Als man an das Problem heran trat, gelangte man zu der Ueberzeugung, daß die Reform, um wirksam zu sein, in zwei Richtungen sich bewegen sollte: 1. Neue Kompetenzvereinbarungen zwischen Staat und Gemeinden; 2. Konzentration der städtischen Verwaltung Großgenfs, d. h. der 4 städtischen Gemeinden mit Plainpalais, Caux-Vives und Petit-Saconnex.

Seit Jahren bilden diese beiden wichtigen Fragen einen wesentlichen Bestandteil des sozialistischen Programms. Sie kämpfen bis heute gegen die Trägheit der bürgerlichen Parteien. Konservative,

Radikale und Jungradikale haben sich immer verzweifelt an das jetzt überlebte System angeklammert, weil es ihnen erlaubte, Caur-Vives ausschließlich konservativ zu verwalten, in Plainpalais eine radikale, eine jungradikale Verwaltung (Wuillemin) in Petit-Saconnex und in der Stadt eine bald konservative, bald radikale Verwaltung durchzuführen. Der sozialistische Vorstoß seit den letzten Erneuerungen der städtischen Behörden hat einen fühlbaren Umschwung der Ansichten der bürgerlichen Politiker gebracht. Die Sozialisten drangen sehr tief in die Gemeindeverwaltungen ein, sowohl in Plainpalais als in der Stadt und sogar im bisher stockkonservativen Saconnex. Seither (seit 1922) sprach man ernstlich von der Eingemeindung der 4 Gemeinden. Die Sozialisten änderten selbstverständlich ihre diesbezügliche Ansicht nicht, weil sie einen so bemerkenswerten Erfolg in 3 der 4 städtischen Gemeinden erreicht hatten. Im Gegenteil, in ihrer Presse sowohl als auch in den Räten verfochten sie stärker denn je die Notwendigkeit der Fusionierung der Gemeinden und der daraus folgenden ernstlichen Verbesserungen innerhalb der verwaltungstechnischen Oekonomie.

Der Sturz der konservativen Regierung im Herbst 1924 führte im Staatsrat zu einer Koalition von 3 Radikalen, 2 Sozialisten und 2 Konservativen.

Seit dem Regierungsantritt versprach die neue Behörde die Verwirklichung der administrativen Reform und die Vereinigung der selbständigen städtischen Gemeinden.

Ein Projekt, das den oben angeführten Grundsätzen Rechnung trug, wurde durch eine großrätliche Kommission aufgestellt. Nach diesem Projekt übernahm der Staat zu seinen Lasten alles, was die Polizei, die Schulen und die öffentlichen Arbeiten anbetrifft, und zwar für die Gesamtheit der 48 Gemeinden des Kantons. Die industriellen Betriebe sowie die Versorgung der Stadt mit Wasser, Gas und Elektrizität, die Reinigung und Beleuchtung der Straßen, der Unterhalt der Anlagen, Gärten, Museen und Sammlungen, das Bestattungswesen, Theater, Konzerte, die Schlachthäuser, die Feuerwehr usw. würden den Gemeinden verbleiben.

Die neue Kompetenzvereinigung zwischen Staat und Gemeinden scheint eine vollständige Lösung dieses Problems zu bringen, da die Kompetenzstreitigkeiten, unter denen wir heute leiden, nur in Fragen des öffentlichen Unterrichts, der Polizeigewalt und der öffentlichen Arbeiten sich ergaben. Die Vereinigung der 4 Gemeinden sollte sich in der Weise vollziehen, daß die eigentliche Stadt vergrößert und unter die Kontrolle einer einzigen städtischen Behörde gestellt wird.

Das sind die ersten Schlüsse, zu denen die Kommission des Großen Rates gelangt ist. Diese entsprachen den bestehenden Tatsachen und waren logisch gegeben. Eine weniger verzweigte, rationellere und folglich ökonomischere Verwaltung wäre damit möglich. Experten haben die jährliche Ersparnis auf Fr. 1,700,000 geschätzt, wozu wir allerdings noch ein Fragezeichen hinzusetzen möchten. Wenn es auch klar ist, daß auf der einen Seite rein administrative Ersparnisse möglich sind, so werden doch andererseits hauptsächlich auf dem Gebiet des

Wohnungsbaues neue zu lösende Aufgaben durch die vergrößerte Stadt sich ergeben. Wir heben hervor, daß die großrätliche Kommission mehrheitlich zu den eben genannten Schlüssen gelangt ist. Aber im letzten Augenblick befürchteten die bürgerlichen politischen Parteien den Einfluß der Sozialisten im neuen, solchermaßen zusammengesetzten Genf. Sie brachten daher eine Vorlage, gegen welche die Sozialdemokratische Partei energisch zuerst im Großen Rat und dann bei der am 4. und 5. Dezember erfolgten Abstimmung Front machte.

Dies die Ideen der bürgerlichen Führer: Eine vergrößerte Stadt, gebildet durch die Gemeinden Genf, Plainpalais, Caux-Vives und Petit-Saconnex würde sehr schnell, entsprechend dem Fortschritt des Sozialismus in Genf, zum städtischen Gemeindewesen unter der hauptsächlichsten Kontrolle, ja Leitung der Sozialisten. Wir Bürgerlichen müssen also diese Gefahr abwehren, welche zu Streitigkeiten zwischen der von den Landgemeinden unterstützten bürgerlichen Kantonsregierung und der sozialistischen Stadt führen würden. Um dieser Gefahr zu begegnen, ist es notwendig, die Gemeindeverwaltung in die Hände der Kantonsregierung zu legen. So lautet die Meinung der bürgerlichen Führer. Und so wurde das Projekt ausgearbeitet, welches dann am 4. und 5. Dezember am Willen des Volkes, und zwar mit 11,500 gegen 12,000 Stimmen, scheiterte.

Dieses Projekt läßt sich in ein paar Worte zusammenfassen: Es würde die Gemeindeautonomie in 44 vorstädtischen und ländlichen Gemeinden erhalten, aus politischen Gründen aber die Stadtverwaltung in die Hände der Kantonsregierung legen.

Wir haben nicht ohne Grund dieses Projekt als ein Mussolinisches qualifiziert. Es muß gesagt sein, daß dessen Haupturheber Herr Regierungsrat Turrettini ist, welcher in seinem Organ „La Suisse“ keineswegs seine Bewunderung für das, was in Italien vorgeht, verbirgt.

Der Kampf der Sozialisten gegen dieses Projekt war sehr lebhaft, zuerst im Großen Rat, dann vor dem Volk. Man muß übrigens anerkennen, daß die Sozialisten in dieser Angelegenheit von Männern aller Parteien unterstützt wurden, welche nicht zugeben mochten, daß Genf unter diese demütigende Vormundschaft des Staates gestellt würde. Fügen wir bei, daß die gegenwärtige Regierung, deren finanzielle Sorgen sehr groß sind, auf einen Schlag zwei Fliegen zu fangen gedachte: Indem sie die vergrößerte Stadt, deren Besitz reichlich ihre Passiven aufwiegt, und deren Finanzen im gesunden Gleichgewicht sind, unter ihre Vormundschaft stellt, dachte sie, den Staatskredit zu heben, dessen Verbesserung der Egoismus der besitzenden Klassen bisher verhinderte.

Die Sozialdemokratische Partei hat dank ihrer Geschlossenheit einmal mehr die bürgerliche Mehrheit der Kantonsregierung geschlagen. Es ist selbstverständlich, daß unsere beiden Kameraden, die Regierungsräte Ultramaré und Jaquet, sich in dieser Angelegenheit an die Spitze der sozialistischen Opposition gestellt haben. Wir wiederholen neuerdings, daß die Sozialdemokratische Partei schon im September die

bürgerlichen verbündeten Parteien in einer fiskalischen Frage vollständig schlug. Was sollen wir jetzt tun? Die Sozialdemokratische Partei ehrt den Volksentscheid, der sich am 5. Dezember gegen eine Unterstellung der vergrößerten Stadt unter Vormundschaft, aber für eine neue Abgrenzung der Aufgaben zwischen Staat und Gemeinde und für Eingemeindung der 4 Gemeindeverwaltungen, der Stadt, Plainpalais, Caux-Vives und Petit-Saconnex ausgesprochen hat: Ein autonomes Großgenf.

In diesem Sinn wurde eine Initiative von den Sozialisten lanciert und wir zählen darauf, rasch zum Ziel und zum Sieg zu gelangen. Auf diese Weise wird sich die administrative Reform und die Eingemeindung in Genf verwirklichen, gemäß den Grundsätzen, welche die Genfer sozialdemokratische Partei schon seit Jahren vertritt.

Englische Politik in China.

Von Ernst Reinhard.

Mehr als ein Jahrhundert lang hat der englische Kapitalismus in China den westeuropäischen überhaupt dargestellt. Portugiesen, Spanier und Holländer sind vor den Engländern in China gewesen und haben dort die Handelsbeziehungen aufgenommen; die europäischen Kirchen haben in China ihre Niederlassungen gehabt und versuchten, den chinesischen Geist in einen westlichen umzuwandeln. Die Portugiesen und Spanier wichen der nationalen Opposition; die Holländer konnten sich unter die chinesischen Gesetze geduckt halten; die christlichen Kirchen haben vom Gebäude der chinesischen Volksgemeinschaft nur Splitter abgetrennt. Von bestimmendem Einfluß ist nur England gewesen, dessen Expansion von seinem jungen Kapitalismus getragen wurde. Seit die Engländer sich nach der Gesandtschaft des Lord Macartney in Kanton einmischten, haben sie sich nie mit der Rolle des Geduldeten begnügt, sondern versucht, in ständiger Offensive das Land sich zu unterwerfen. Ein Jahrhundert lang hat der englische Kapitalismus die Rolle des Angreifers gespielt. In seinen Stapsen gingen die Franzosen, und nicht zuletzt die Deutschen und die Japaner; seinetwegen erfolgte die russische Ostasienpolitik, die für das heutige Asien die Kräfte der Abwehr gegen den englischen Kapitalismus mehr ungewollt als gewollt großgezogen hat. Solange England in der Offensive war, solange sein Kapitalismus seine industrielle und militärische Vormachtstellung ausnützen konnte, ist es nie vor einer Vergewaltigung der chinesischen Nation zurückgeschreckt. Die Greuelkriege von Nanking und die Taten, die zu ihnen führten, die Beschießung von Kanton, Ning-Po, die Verwüstung von Peking, der Raub Hongkongs und Weihaiweis, das alles geht auf Englands Rechnung. Nirgends wird der Wandel der Zeit deutlicher, als wenn man erwägt, wie sehr England heute die Offensive aus der Hand gewunden ist, und wie entschieden es sich in eine ganz hoffnungslose Defensive gedrängt sieht.